

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der Richtlinien und der mitgliedstaatlichen Umsetzungsgesetze	XXXIX
§ 1 Hinführung	1
I. Problemstellung	1
II. Darstellung der Untersuchungsmethode	6
III. Vorbemerkung zur Begriffsverwendung: „Norm“, „Recht“, „Anwendung“	19
Erster Teil: Verortung der Rechtsangleichung in ihren rechtlichen, historischen, begrifflichen und methodologischen Rahmen	23
1. Kapitel: Elemente der Rechtsangleichung im europäischen Kontext	25
§ 2 Rechtsangleichung, Harmonisierung, Rechtsannäherung, Koordinierung	26
I. Linguistische Annäherung: Ein Begriff – viele Worte	26
II. Recht und Angleichung	29
III. Funktion, Prozess und Ergebnis der Harmonisierung	33
§ 3 Instrumente der Rechtsangleichung	59
I. Legislatorische und judikative Rechtsangleichung	59
II. Positive und negative Harmonisierung	60
§ 4 Die drei Stufen der Rechtsangleichung	70

2. Kapitel: Gründe für Rechtsangleichung in Europa	73
§ 5 Rechtliche Integration und Integration durch Recht	76
I. Begriff und Bedeutung der Integration in der EU	76
II. Errichtung und Aufrechterhaltung des Binnenmarkts	79
III. Verfolgung einer gemeineuropäischen Sachpolitik – Ziele der Union	85
IV. Von der Rechtsgemeinschaft zur Wertegemeinschaft	86
V. Einführung grundsätzlich angelegter Prinzipien	87
§ 6 Realisierbarkeit von Integration durch Recht	89
3. Kapitel: Theoretische Erklärungsansätze und Rahmenbedingungen der Harmonisierung	92
§ 7 Erklärungsmodelle zur Übernahme von Recht im Rahmen der europäischen Rechtsangleichung	93
I. Rechtstransfer („ <i>legal transplants</i> “) als „von oben“ auferlegte Rezeption	93
II. Systemtheoretische Überlegungen („ <i>legal irritants</i> “)	125
III. Rechtskulturelle und kulturwissenschaftliche Betrachtungsweisen („ <i>legal cultures</i> “/„ <i>legal pluralism</i> “)	132
IV. Ökonomische Betrachtung des Rechtstransfers: Wettbewerb der Rechtsordnungen – Rechtsangleichung von unten („ <i>bottom-up</i> “)	150
§ 8 Rechtssoziologische Ansätze zur Untersuchung von Gesetzen und ihrer Wirkung	158
I. Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung	159
II. Implementation europäischer Angleichungsprogramme	166
III. Gesetzgebungslehre – Vorgaben für die Gestaltung „guter“ Angleichungsstandards	168
Zweiter Teil: Übersicht über die verglichenen Rechtsangleichungsvorgänge	173
§ 9 „Treu und Glauben“ als Maßstab für missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	175
I. Europäischer Standard	175
II. Rechtsgrundlage und Ziele	176
III. Herkunft und Entstehung	176

IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	178
V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	179
VI. Auswirkungen des Dialogs	182
VII. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	183
§ 10 Fehler- und Haftungsbegriff in der Produkt- haftungsrichtlinie	186
I. Europäischer Standard	186
II. Rechtsgrundlage und Ziele	188
III. Herkunft und Entstehung	189
IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	190
V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	191
VI. Auswirkungen des Dialogs	196
VII. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	197
§ 11 Umweltverträglichkeitsprüfung	198
I. Europäischer Standard	198
II. Rechtsgrundlage und Ziele	200
III. Herkunft und Entstehung	201
IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und Verständnis in den Mitgliedstaaten	202
V. Auswirkung des Dialogs	205
VI. Spezifische Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	206
§ 12 Kollisionsrechtliche Auswirkungen der Niederlassungs- freiheit: Modifikation der Sitztheorie	207
I. Europäischer Standard	207
II. Rechtsgrundlage und Ziele	208
III. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	208
IV. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	210
V. Auswirkungen des Dialogs	211
VI. Bewertung des Angleichungsvorgangs	212
§ 13 Verhältnismäßigkeitsprinzip	213
I. Vorbemerkung	213
II. Europäischer Standard	215

III. Rechtsgrundlage und Ziele	216
IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen in England	218
V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	219
VI. Auswirkungen des Dialogs	222
VII. Bewertung des Angleichungsvorgangs	223
§ 14 Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht .	224
I. Europäischer Standard	224
II. Rechtsgrundlage, Ziele und Entstehung	225
III. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	226
IV. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	227
V. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	229
Dritter Teil: Funktionsebene: Funktionsbedingungen und Mechanismen der Harmonisierung – chronologischer Ablauf der Rechtsangleichung	
1. Kapitel: Erfolg und Vorbedingungen der Rechtsangleichung	233
§ 15 Kriterien erfolgreicher Rechtsangleichung	233
I. Zeitliche Komponente	234
II. Inhaltliche Komponente – Maß der Angleichung und Übereinstimmung	236
III. Ergebnis	245
§ 16 Präliminarien der Rechtsangleichung	246
I. Besonderheiten der Rechtsangleichung im supranationalen Kontext	246
II. Zuständigkeit zur Angleichung als Vorbedingung	250
III. Grundlagen der Angleichungswirkung	258
2. Kapitel: Der chronologische Ablauf der Rechtsangleichung	274
§ 17 Die Stufen der Rechtsangleichung – Ablauf des Harmonisierungsprozesses	274
I. Erste Stufe: Setzen des Angleichungsstandards –	
II. Zweite Stufe: Durchdringung der nationalen Rechts- ordnung – Eintritt in das Recht der Mitgliedstaaten	286

III. Dritte Stufe: Angleichungs- und Einpassungsprozess – Entstehung des gesamteuropäischen Prinzips und Modifikation der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	317
§ 18 Überschießende Angleichungswirkungen als Teil der Rechtsangleichung	360
I. Überschießende sekundärrechtliche Angleichung als Folge und Wirkparameter	360
II. Primärrechtlicher <i>spill-over</i> als Funktionsmechanismus	365
§ 19 Zusammenfassung: Die Funktionsweise der Angleichungs- instrumente im Vergleich	369
 Vierter Teil: Wirkebene – Bewertung der Einflussfaktoren in ihrem rechtlichen und soziologischen Kontext	
373	
 1. Kapitel: Perspektiven der Rechtsangleichung – Ansätze für ein Analyseraster für Rechtsangleichungsvorgänge	
377	
§ 20 Perspektiven der Rechtsangleichung	377
I. Qualität des Einflusses als Möglichkeit zur Kategorienbildung	377
II. Aktive und passive Determinanten des Rechtstransfers	378
III. Die rechtssoziologische und rechtskulturelle Perspektive als Bewertungsmaßstab einer effektiven Rechtsangleichung ..	380
IV. Europäische und mitgliedstaatliche Ebene und die Besonderheiten der Supranationalität als Ordnungs- kategorien	385
V. Beeinflussbare (dynamische) und nicht beeinflussbare (statische) Parameter als Beurteilungskriterium	387
VI. Prozess- oder ergebnisorientierte Betrachtung als Bewertungsmaßstab und Kategorisierung	388
VII. Einwirkungsstufen und Herstellung von Rechtsanwendungs- oder Rechtsnormengleichheit als Ordnungs- und Bewertungsraster	389
VIII. Zusammenfassende Bewertung	390
§ 21 Überblick über die sich aus den Perspektiven ergebenden Wirkparameter	392
I. Zuordnung von Perspektiven und Wirkparametern	393
II. Ausgangsfragen der empirischen Untersuchung	399

2. Kapitel: Bewertung der Wirkparameter anhand von Beispielen	402
§ 22 Vorfrage: Der Gegenstand der Rechtsangleichung	402
I. Grundsätzliches Problem des Erfordernisses der Beibehaltung des rechtlichen Kontexts	402
II. Problem der dahinterstehenden Strukturentscheidungen	405
§ 23 Parameter auf europäischer Ebene: Akzeptanz und Möglichkeiten des Rechtstransfers	408
I. Zuordnung des anzugleichenden Prinzips – Privatrecht oder öffentliches Recht	408
II. Entstehung des europäischen Standards	414
III. Herkunft des Prinzips – Auswahl des Angleichungsstandards	424
IV. Kompetenz und Umgehung fehlender Kompetenzzuweisung	434
V. Mikroziele der Rechtsangleichung	447
§ 24 Parameter auf mitgliedstaatlicher Ebene: Worauf trifft der europäische Standard?	465
I. Bestimmung des Anwendungsbereichs des Unionsrechts	465
II. Bekanntheitsgrad innerhalb der nationalen Rechtsordnung und Herkunft des Rechtsprinzips aus mitgliedstaatlicher Sicht	469
III. Sozioökonomische Bedingungen: Verfolgung ähnlicher Ziele	484
IV. Recht, Rechtstraditionen und -kulturen der Mitgliedstaaten im Umsetzungs- und Einpassungsprozess	488
V. Umsetzungsmodalitäten und Umsetzungsakteure	523
VI. Sprache und Worte als „leere Hülse“	544
VII. Überschießende Umsetzung und <i>spill-over</i> -Effekte	553
§ 25 Wirkung von Spielräumen	565
I. Aufrechterhaltung von Regelungsspielräumen durch Verfolgung von Voll- und Mindestharmonisierung	566
II. Gestaltung des Übertragungsgegenstands: Detailgenauigkeit oder Weite der Norm und Verweis auf mitgliedstaatliches Recht	581
III. Mitangleichung von verfahrensrechtlichen Regelungen	599
§ 26 Besonderheiten des Zusammenspiels der Ebenen	606

I. Gemeinschaftliche Weiterentwicklung des europäischen Standards: Die Wirkung rechtlich vorgesehener Dialog- und Kommunikationsmöglichkeiten	607
II. Rechtliche Kontroll- und Sicherungsmechanismen auf der zweiten und dritten Stufe der Rechtsangleichung	633
§ 27 Zusammenfassende Betrachtung der Wirkparameter in Tabellenform	662
Fünfter Teil: Schlussbetrachtungen – Überlegungen für eine Typologisierung der Rechtsangleichung	689
§ 28 Freiwilligkeit der Übernahme: <i>top-down</i> oder <i>bottom-up</i> ? ...	689
I. Bewusste Auswahl und Übernahme – Vergleich zwischen den Angleichungsinstrumenten	690
II. Gewachsene Rechtsannäherung als Teil des unionalen Angleichungsprozesses	693
III. Bindungswirkung und Angleichungszwang	695
IV. Fazit	696
§ 29 Typen der Rechtsangleichungsinstrumente	697
I. Typisierung nach Instrumenten	698
II. Typisierung nach verfolgtem Ziel	700
III. Typisierung nach Einflussart und Einflussstärke auf die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	702
§ 30 Fazit	707
Anlage I: Untersuchungskriterien für die Rechtsangleichungsvorgänge ..	709
Anlage II: Fragebogen	710
Literaturverzeichnis	711
Register	743

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis der Richtlinien und der mitgliedstaatlichen Umsetzungsgesetze	XXXIX
§ 1 Hinführung	1
I. Problemstellung	1
II. Darstellung der Untersuchungsmethode	6
1. Referenzrechtsordnungen	7
2. Vergleichsaspekte und Untersuchungskriterien	8
3. Material für die rechtsvergleichende Untersuchung	9
4. Untersuchungsgegenstand	10
a) Rechtsangleichungsprozesse	10
aa) Primär- und Sekundärrecht	11
bb) Doppelte Rechtstransplantate	13
cc) Temporärer Aspekt	14
b) Harmonisierung des Rechts im Gegensatz zur technischen Harmonisierung	14
III. Vorbemerkung zur Begriffsverwendung: „Norm“, „Recht“, „Anwendung“	19
Erster Teil: Verortung der Rechtsangleichung in ihren rechtlichen, historischen, begrifflichen und methodologischen Rahmen	23
1. Kapitel: Elemente der Rechtsangleichung im europäischen Kontext	25
§ 2 Rechtsangleichung, Harmonisierung, Rechtsannäherung, Koordinierung	26
I. Linguistische Annäherung: Ein Begriff – viele Worte	26

II. Recht und Angleichung	29
1. Begriff des anzuleichenden „Rechts“	30
2. Herstellung von Rechts„gleichheit“	31
III. Funktion, Prozess und Ergebnis der Harmonisierung	33
1. Harmonisierung für die Ziele der Union – Entwicklung eines funktionalen Angleichungsbegriffs	34
a) Binnenmarktorientierung als Inhalt des normativen Angleichungsbegriffs	34
b) Rechtsangleichung als Schaffung eines sekundärrechtlichen Standards für den Binnenmarkt	35
c) Herstellung eines Binnenmarkts durch negative Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung	37
d) Erweiterung auf andere Funktionen der EU	38
e) Zwischenergebnis	39
2. Rechtsangleichung als Prozess – Zusammenspiel von mitgliedstaatlichen und europäischen Akteuren	40
a) Rechtsangleichung als gestufte Rechtsetzung	40
b) Erfordernis der bewussten Setzung eines gemeinsamen Standards	41
c) Konvergenz und Annäherung des Rechts als Gegenpole	42
d) Europäisierung	43
e) Maßstab der Angleichung – Bestimmung des europäischen Standards	44
f) Originäre Unions-Rechtsetzung und (sekundärrechtliche) Rechtsangleichung	45
g) Übernahmemotivation der Mitgliedstaaten: <i>spill-over</i> und autonome Rechtsangleichung	49
h) Zusammenfassung	50
3. Harmonisierung als Ergebnis	51
a) Unterscheidung zwischen Ergebnis und Erfolg	51
b) Rechtsnormengleichheit und Rechtsanwendungsgleichheit	53
c) Quantitativer Unterschied zur Rechtsvereinheitlichung	54
d) Zusammenfassung	58
§ 3 Instrumente der Rechtsangleichung	59
I. Legislatorische und judikative Rechtsangleichung	59
II. Positive und negative Harmonisierung	60
1. Sekundärrechtliche Angleichungsinstrumente	61
a) Positiv wirkende Handlungsformen aus Art. 288 AEUV	61
b) Negative Angleichung: Rechtsakte als Kontrollmaßstab	62
2. Primärrechtliche Instrumente der Rechtsangleichung	62

a) Negative Angleichung durch primärrechtliche Kontrollmaßstäbe für mitgliedstaatliches Recht	63
b) Positive Angleichung durch primärrechtliche Prinzipien in Unionsrechtssachverhalten	67
§ 4 Die drei Stufen der Rechtsangleichung	70
2. Kapitel: Gründe für Rechtsangleichung in Europa	73
§ 5 Rechtliche Integration und Integration durch Recht	76
I. Begriff und Bedeutung der Integration in der EU	76
II. Errichtung und Aufrechterhaltung des Binnenmarkts	79
III. Verfolgung einer gemeineuropäischen Sachpolitik – Ziele der Union	85
IV. Von der Rechtsgemeinschaft zur Wertegemeinschaft	86
V. Einführung grundsätzlich angelegter Prinzipien	87
§ 6 Realisierbarkeit von Integration durch Recht	89
3. Kapitel: Theoretische Erklärungsansätze und Rahmenbedingungen der Harmonisierung	92
§ 7 Erklärungsmodelle zur Übernahme von Recht im Rahmen der europäischen Rechtsangleichung	93
I. Rechtstransfer („ <i>legal transplants</i> “) als „von oben“ auferlegte Rezeption	93
1. Der Begriff „ <i>legal transplants</i> “	96
2. Charakteristische Elemente des Rechtstransfers in Abgrenzung zu anderen Außeneinflüssen auf die Rechtsordnung	97
a) Intensität der externen Einflussnahme	98
b) Art der externen Einflussnahme	100
c) Gegenstand des Rechtstransfers	104
aa) <i>Law as rules</i> vs. rechtliche Idee im Kontext	104
bb) Modifikation des Übertragungsgegenstands	105
d) Erfordernis eines rechtsetzenden Akts als Auslöser	106
e) Ausmaß des Kontakts zwischen Herkunfts- und Zielrechtsordnung	108
f) Zusammenfassende Definition	109
3. Prozess und Ergebnis des Rechtstransfers	109
4. Voraussetzungen eines erfolgreichen Rechtstransfers	111

a)	Bedeutung von „Erfolg“ eines Rechtstransfers	111
b)	Einflussfaktoren eines erfolgreichen Rechtstransfers	113
aa)	Verhältnis von Recht, Kultur und Gesellschaft	113
bb)	Empirisch feststellbare Einflussfaktoren	115
5.	<i>Legal transplants</i> als Erklärungsansatz für Harmonisierung in der EU	118
a)	Vergleichbare Strukturen des Angleichungsvorgangs	119
b)	Grundlegende Unterschiede zum Transplantationsvorgang	121
aa)	Bindungswirkung des Unionsrechts	121
bb)	Interaktion und Interdependenz der Rechtsordnungen	122
c)	Zusammenfassung	124
II.	Systemtheoretische Überlegungen („ <i>legal irritants</i> “)	125
1.	Vorbemerkungen zum Umfang der Untersuchung	125
2.	Der Begriff „ <i>legal irritants</i> “ vor dem Hintergrund selbstreferentieller Systeme	126
3.	Das Verhältnis zwischen Recht und Gesellschaft	128
4.	Bewertung des Ansatzes als Erklärungsmodell für die Rechtsangleichung	129
III.	Rechtskulturelle und kulturwissenschaftliche Betrachtungsweisen („ <i>legal cultures</i> “/„ <i>legal pluralism</i> “)	132
1.	Das Verhältnis zwischen Recht, Staat und Gesellschaft	133
2.	Feststellbare Konturen von Rechtskultur	134
a)	Die Untauglichkeit postmoderner kulturtheoretischer Ansätze	136
b)	Gemäßigte kulturelle Betrachtungsweisen – Diversität und Pluralität	139
c)	Annäherungen an die Elemente einer Rechtskultur	140
d)	Lehren aus der (rechts-)kulturellen Betrachtung	143
3.	Bedeutung für die Rechtsangleichung	145
a)	(Rechts-)Kultur als unüberwindbares Hindernis der Rechtsangleichung	145
b)	Die Rolle der Rechtskulturen bei der Kontextualisierung des Rechts	147
IV.	Ökonomische Betrachtung des Rechtstransfers: Wettbewerb der Rechtsordnungen – Rechtsangleichung von unten („ <i>bottom-up</i> “)	150
1.	Ökonomischer und rechtlicher Systemwettbewerb in der EU	150
2.	Verhältnis zum Prinzip der „gegenseitigen Anerkennung“ .	152
3.	Eine taugliche Strategie für die Rechtsangleichung?	154

§ 8	Rechtssoziologische Ansätze zur Untersuchung von Gesetzen und ihrer Wirkung	158
	I. Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung	159
	1. Bedeutung der Rechtssoziologie für die Erforschung von Rechtsangleichung	159
	2. Theoretische Wegbereiter	161
	a) Gesellschaftliche Einflussfaktoren auf das Recht (MONTESQUIEU)	161
	b) „Gelebtes Recht“ im Gegensatz zu positivem Recht (EUGEN EHRLICH)	162
	c) Untersuchung von Rechtstatsachen als Wirkparameter der Rechtsangleichung (ARTHUR NUSSBAUM)	164
	3. Zusammenfassung	165
	II. Implementation europäischer Angleichungsprogramme	166
	III. Gesetzgebungslehre – Vorgaben für die Gestaltung „guter“ Angleichungsstandards	168
	 Zweiter Teil: Übersicht über die verglichenen Rechtsangleichungsvorgänge	 173
§ 9	„Treu und Glauben“ als Maßstab für missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	175
	I. Europäischer Standard	175
	II. Rechtsgrundlage und Ziele	176
	III. Herkunft und Entstehung	176
	IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	178
	V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	179
	VI. Auswirkungen des Dialogs	182
	VII. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgang	183
§ 10	Fehler- und Haftungsbegriff in der Produkt- haftungsrichtlinie	186
	I. Europäischer Standard	186
	II. Rechtsgrundlage und Ziele	188
	III. Herkunft und Entstehung	189

IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	190
V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	191
VI. Auswirkungen des Dialogs	196
VII. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	197
§ 11 Umweltverträglichkeitsprüfung	198
I. Europäischer Standard	198
II. Rechtsgrundlage und Ziele	200
III. Herkunft und Entstehung	201
IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und Verständnis in den Mitgliedstaaten	202
V. Auswirkung des Dialogs	205
VI. Spezifische Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	206
§ 12 Kollisionsrechtliche Auswirkungen der Niederlassungsfreiheit: Modifikation der Sitztheorie	207
I. Europäischer Standard	207
II. Rechtsgrundlage und Ziele	208
III. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	208
IV. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	210
V. Auswirkungen des Dialogs	211
VI. Bewertung des Angleichungsvorgangs	212
§ 13 Verhältnismäßigkeitsprinzip	213
I. Vorbemerkung	213
II. Europäischer Standard	215
III. Rechtsgrundlage und Ziele	216
IV. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen in England	218
V. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	219
VI. Auswirkungen des Dialogs	222
VII. Bewertung des Angleichungsvorgangs	223

§ 14 Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht .	224
I. Europäischer Standard	224
II. Rechtsgrundlage, Ziele und Entstehung	225
III. Beschaffenheit der mitgliedstaatlichen Zielrechtsordnungen, Spannungen und ihre Folgen	226
IV. Umsetzung und Verständnis in den Mitgliedstaaten	227
V. Spezielle Probleme und Bewertung des Angleichungsvorgangs	229
 Dritter Teil: Funktionsebene: Funktionsbedingungen und Mechanismen der Harmonisierung – chronologischer Ablauf der Rechtsangleichung	
1. Kapitel: Erfolg und Vorbedingungen der Rechtsangleichung	233
§ 15 Kriterien erfolgreicher Rechtsangleichung	233
I. Zeitliche Komponente	234
II. Inhaltliche Komponente – Maß der Angleichung und Übereinstimmung	236
1. Erreichung des Angleichungsziels	238
2. Kriterien in der Rechtsprechung des EuGH	240
3. Verallgemeinerbare Kriterien für die Feststellung der Angleichungswirkung	242
a) Rechtsnormengleichheit	243
b) Rechtsanwendungsgleichheit	243
III. Ergebnis	245
§ 16 Präliminarien der Rechtsangleichung	246
I. Besonderheiten der Rechtsangleichung im supranationalen Kontext	246
1. Unmittelbare Durchgriffs- und Vorrangwirkung des Unionsrechts	246
2. Bindungswirkung der Judikate	248
3. Abschließende Bewertung	249
II. Zuständigkeit zur Angleichung als Vorbedingung	250
1. Sekundärrechtliche Angleichung	251
2. Primärrechtliche Angleichung	254
a) Angleichung aufgrund von Vorschriften der Verträge	254
b) Angleichung durch allgemeine Prinzipien des Unionsrechts ...	255

III. Grundlagen der Angleichungswirkung	258
1. Positive und negative Harmonisierung durch Sekundärrechtsakte	259
a) Grundlagen der positiven sekundärrechtlichen Angleichung ...	259
b) Grundlagen der negativen sekundärrechtlichen Angleichung ..	261
2. Positive und negative primärrechtliche Angleichung	262
a) Grundlagen der negativen primärrechtlichen Angleichung ...	262
b) Grundlagen der positiven primärrechtlichen Angleichung	264
3. Wirkung der Entscheidungen des EuGH für die negative Rechtsangleichung	265
a) Wirkung <i>inter partes</i>	266
b) Wirkung <i>erga omnes</i> im Vorabentscheidungsverfahren	266
c) Wirkung <i>erga omnes</i> im Vertragsverletzungsverfahren	267
d) Faktischer <i>spill-over</i> als Angleichungsverstärker	268
4. Bedeutung des Anwendungsbereichs	269
a) Umfassende Einwirkung des Sekundärrechts	270
b) Partielle Einwirkung des Primärrechts auf das mitgliedstaatliche Recht	271
5. Abhängigkeit der Umsetzung von außerrechtlichen und metarechtlichen Faktoren	273
2. Kapitel: Der chronologische Ablauf der Rechtsangleichung	274
§ 17 Die Stufen der Rechtsangleichung – Ablauf des Harmonisierungsprozesses	274
I. Erste Stufe: Setzen des Angleichungsstandards – Die Entstehung der europäischen Vorlage	274
1. Beteiligte an der Standardsetzung	274
a) Sekundärrechtliche Angleichung	275
b) Primärrechtliche Angleichung	276
aa) Beeinflussung der judikativen Konkretisierung	276
bb) Einflussnahme auf die positive Standardsetzung	277
2. Herkunft und Entstehung des Angleichungsstandards	278
a) Inspiration aus bestehendem Recht und doppelte Rechtstransplantate	278
b) Modifikation im Rahmen der wertenden Rechtsvergleichung ..	280
3. Form und Gestaltung des Angleichungsstandards	282
a) Sekundärrechtlicher Angleichungsstandard	283
b) Primärrechtlicher Angleichungsstandard	285
4. Ergebnis der ersten Angleichungsstufe	285

II. Zweite Stufe: Durchdringung der nationalen Rechts-	
ordnung – Eintritt in das Recht der Mitgliedstaaten	286
1. Gegenstand der Übertragung	286
a) Wortlaut und Begriffe oder Inhalt und Ideen	287
b) Bedeutung des Kontexts	289
c) Übertragung dahinterstehender Strukturentscheidungen	290
d) Zusammenfassung	292
2. Durchdringung der Rechtsordnungen mit sekundär-	
rechtlichen (Richtlinien-)Standards	292
a) Normative Umsetzungsmechanismen auf europäischer und	
mitgliedstaatlicher Ebene	292
aa) Rechtsnormengleichheit durch Legislativakt	293
(1) Anforderungen an die legislative Umsetzung	293
(2) Umsetzung durch richtlinienkonforme Auslegung	294
(3) Sonderfälle bei legislativem Umsetzungsversagen	296
bb) Inhaltliche Nutzung des Umsetzungsspielraums	297
(1) Bestimmung des Umsetzungsspielraums	297
(2) Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe und	
Generalklauseln	300
(3) Umsetzungspraxis	301
b) Sicherung und Kontrolle der Übernahme	303
aa) Umsetzungskontrolle als indirekte Übernahmesicherung ..	304
bb) Indirekter Umsetzungsdruck durch Haftung der	
Mitgliedstaaten	304
cc) Direkte Übernahmesicherung durch Tätigwerden der	
Unionsbürger und mitgliedstaatlicher Organe	305
dd) Sicherung von Rechtsnormengleichheit durch	
Art. 114 Abs. 4 und 5 AEUV	307
c) Ergebnis	307
3. Durchdringung der Rechtsordnung mit dem	
primärrechtlichen Angleichungsstandard	308
a) Normative Umsetzungsmechanismen	308
aa) Gesetzgeberisches Einschreiten bei der negativen	
Harmonisierung	309
(1) Durchdringung durch Messen an einem einheitlichen	
Standard	309
(2) Rechtssicherheit und Angleichungswirkung	310
(3) Zeitliche Perspektive	311
bb) Positive Harmonisierung durch Geltung eines einheitlichen	
Rechtsstandards	311
b) Durchdringung der Rechtsordnung in Abhängigkeit	
von außerrechtlichen Faktoren	313
c) Kontrolle und Sicherung der Übernahme	314
aa) Kontrolle durch den EuGH	314

bb) Haftung für Verstöße gegen Unionsrecht	315
cc) Zusammenfassung	315
d) Ergebnis	316
4. Ergebnis der zweiten Angleichungsstufe	316
III. Dritte Stufe: Angleichungs- und Einpassungsprozess – Entstehung des gesamteuropäischen Prinzips und Modifikation der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	317
1. Eröffnung von Spielräumen für die Akteure der Rechtsangleichung	319
a) Spielräume für die Implementation der Richtlinien- bestimmungen	320
aa) Arten und Funktion der Spielräume	320
(1) Interpretationsbedürftigkeit rechtlicher Standards und zwangsläufige sprachliche Unschärfe	321
(2) Einräumung von Spielräumen durch bewusste Verwendung weiter Normen	323
(3) „Autonome“ Auslegung der Generalklausel am Beispiel des Begriffs „Treu und Glauben“	326
bb) Fazit	328
b) Verbleibende Regelungsspielräume bei der sekundärrechtlichen Angleichung	329
c) Spielräume bei primärrechtlichen Prinzipien	331
aa) Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des mitglied- staatlichen Rechts (Regelungsspielräume)	331
bb) Verweise auf mitgliedstaatliches Recht zur Implementation der europäischen Vorgaben	333
cc) Fazit	334
2. Einpassungsprozess – Auswirkungen des europäischen Standards auf die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen ...	335
a) Akteure des Einpassungsprozesses	336
b) Konsolidierung mit der mitgliedstaatlichen Rechtsordnung ...	337
3. Die Weiterentwicklung des eingefügten Konzepts – Entstehung eines gemeineuropäischen Prinzips	340
a) Die mitgliedstaatlichen Gerichte als Hauptakteure bei der Entstehung des gemeineuropäischen Prinzips	341
b) Weiterentwicklung im „Dialog“ – Rahmenbedingungen und Grenzen der gerichtlichen Interaktion	345
aa) Horizontale und vertikale Kommunikation – ein Dialog der Gerichte?	346
bb) Austausch und Kooperation im vertikalen Dialog	348
cc) Auslegung unionsrechtlicher Begriffe als Grenze der Interaktion	349
(1) Ende der Interaktion durch Letztentscheidungsbefugnis des EuGH	349

(2) Verbleib der Auslegungsentscheidung bei den Mitgliedstaaten	350
dd) Horizontaler Dialog zwischen den Mitgliedstaaten	351
ee) Zusammenfassung	353
4. Kontrolle und Sicherung der Herstellung von Anwendungsgleichheit	354
a) Beitrag der Kommission	355
b) Gerichtliche Kontrollmechanismen	356
c) Rechtsanwendungsgleichheit durch negative Harmonisierung des Verfahrensrechts	358
d) Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung	358
5. Ergebnis der dritten Angleichungsstufe	359
§ 18 Überschießende Angleichungswirkungen als Teil der Rechtsangleichung	360
I. Überschießende sekundärrechtliche Angleichung als Folge und Wirkparameter	360
II. Primärrechtlicher <i>spill-over</i> als Funktionsmechanismus	365
§ 19 Zusammenfassung: Die Funktionsweise der Angleichungs- instrumente im Vergleich	369
 Vierter Teil: Wirkebene – Bewertung der Einflussfaktoren in ihrem rechtlichen und soziologischen Kontext	373
 1. Kapitel: Perspektiven der Rechtsangleichung – Ansätze für ein Analyseraster für Rechtsangleichungsvorgänge	377
§ 20 Perspektiven der Rechtsangleichung	377
I. Qualität des Einflusses als Möglichkeit zur Kategorienbildung	377
II. Aktive und passive Determinanten des Rechtstransfers	378
III. Die rechtssoziologische und rechtskulturelle Perspektive als Bewertungsmaßstab einer effektiven Rechtsangleichung ..	380
1. Arten von Wirkparametern	380
2. Einbeziehung metarechtlicher Faktoren durch das Unionsrecht, Art. 4 Abs. 2 und 3 EUV	383
3. Zusammenfassung	384

IV. Europäische und mitgliedstaatliche Ebene und die Besonderheiten der Supranationalität als Ordnungskategorien	385
V. Beeinflussbare (dynamische) und nicht beeinflussbare (statische) Parameter als Beurteilungskriterium	387
VI. Prozess- oder ergebnisorientierte Betrachtung als Bewertungsmaßstab und Kategorisierung	388
VII. Einwirkungsstufen und Herstellung von Rechtsanwendungs- oder Rechtsnormgleichheit als Ordnungs- und Bewertungsraster	389
VIII. Zusammenfassende Bewertung	390
§ 21 Überblick über die sich aus den Perspektiven ergebenden Wirkparameter	392
I. Zuordnung von Perspektiven und Wirkparametern	393
II. Ausgangsfragen der empirischen Untersuchung	399
2. Kapitel: Bewertung der Wirkparameter anhand von Beispielen	402
§ 22 Vorfrage: Der Gegenstand der Rechtsangleichung	402
I. Grundsätzliches Problem des Erfordernisses der Beibehaltung des rechtlichen Kontexts	402
II. Problem der dahinterstehenden Strukturentscheidungen	405
§ 23 Parameter auf europäischer Ebene: Akzeptanz und Möglichkeiten des Rechtstransfers	408
I. Zuordnung des anzugleichenden Prinzips – Privatrecht oder öffentliches Recht	408
1. Kulturtheoretische Annahmen zur Angleichbarkeit	409
2. Empirische Feststellungen – Schwierigkeiten bei der Änderungen von grundlegenden Strukturprinzipien	412
a) Verhältnismäßigkeitsprinzip und Umweltverträglichkeitsprüfung	412
b) Privatrechtliche Angleichungsvorhaben – Verbraucherschutzrecht	413
3. Zusammenfassung: Bedeutung der „power structure“	414
II. Entstehung des europäischen Standards	414
1. Sekundärrechtliche Angleichung	415

a)	Innerstaatliche (politische) Durchsetzbarkeit	416
b)	Auswirkungen auf die (inhaltliche) Qualität des europäischen Standards	418
2.	Primärrechtliche Angleichung	419
a)	Negative Angleichung: Konkretisierung durch „Renationalisierung“	420
b)	Positive Angleichung: Einfluss einzelner Mitgliedstaaten und Richterrecht	421
3.	Zusammenfassung	423
III.	Herkunft des Prinzips – Auswahl des Angleichungsstandards	424
1.	Vor- und Nachteile der Verknüpfung mit der Herkunftsrechtsordnung	425
a)	Bessere Umsetzung und Anwendung durch Akzeptanz	425
b)	Umsetzungs- und Anwendungsprobleme durch fehlende Akzeptanz	426
c)	Beeinträchtigung der unionalen Bedeutung und ihrer Anwendung	428
d)	Umsetzungsprobleme durch unsorgfältige Standardsetzung ...	429
2.	Abstraktion von der Herkunftsrechtsordnung durch Einfluss der wertenden Rechtsvergleichung	430
a)	Umsetzungs- und Einpassungserleichterung durch abgestimmte Konzepte	430
b)	Praktische Schwierigkeiten und Grenzen der wertenden Rechtsvergleichung	431
3.	Zusammenfassung	433
IV.	Kompetenz und Umgehung fehlender Kompetenzzuweisung	434
1.	Legitimation, Legitimität und Akzeptanz	434
a)	„Kompetenzflucht“ bei sekundärrechtlicher Angleichung	435
b)	Zweifel an der primärrechtlichen Angleichungskompetenz	438
c)	Zusammenfassung	440
2.	Kompetenzbegrenzung zum Schutz mitgliedstaatlicher Identität	441
3.	Inhaltliche Veränderungen aufgrund von Kompetenzflucht	444
4.	Verhinderung umfassender Regelung eines Rechtsgebiets	446
5.	Zusammenfassung: Geringer unmittelbarer Einfluss	447
V.	Mikroziele der Rechtsangleichung	447
1.	Das Binnenmarktziel im Vergleich zu anderen Angleichungszielen	448

a) Geringere Akzeptanz durch „Marktrationalität“ und fehlenden Interessenausgleich	449
b) Neuartige Regelungen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen	452
c) Erfordernis einer unterschiedlichen Harmonisierungsintensität und Kontrolle	454
d) Fazit – Schlechtere Angleichbarkeit im Vergleich zu nicht-binnenmarktorientierten Harmonisierungsvorhaben?	456
2. Zielkonflikte zwischen den Ebenen und innerhalb eines Angleichungsinstrumentes	459
a) Verfolgung unterschiedlicher Ziele in der EU und in den Mitgliedstaaten	460
b) Verknüpfung von Zielen in einem Rechtsangleichungsinstrument	462
3. Fazit	463
§ 24 Parameter auf mitgliedstaatlicher Ebene: Worauf trifft der europäische Standard?	465
I. Bestimmung des Anwendungsbereichs des Unionsrechts	465
1. Enge Bestimmung durch die Gerichte als Regelfall im Primärrecht	466
2. Bestimmung durch die Gerichte als Ausnahme im Sekundärrecht	467
3. Zusammenfassung: Vergleich zwischen den Angleichungsinstrumenten	468
II. Bekanntheitsgrad innerhalb der nationalen Rechtsordnung und Herkunft des Rechtsprinzips aus mitgliedstaatlicher Sicht	469
1. Schwierigkeiten bei der Einführung „fremder“ Prinzipien	470
a) Bessere Rezeptivität bekannter Prinzipien und Strukturen	471
b) Umsetzungsverzögerungen	473
c) Einpassungs- und Anwendungsprobleme bei fremden Konzepten	473
aa) Unbewusster Rückgriff auf hergebrachte mitgliedstaatliche Konzepte	474
bb) Selbstständige Auslegung „im Sinne des Unionsrechts“	476
cc) Bewusste Anwendung fortbestehenden mitgliedstaatlichen Rechts	478
dd) Zusammenfassung	478
2. Fehlinterpretationen bei (funktional) ähnlichen Konzepten	479
3. Zusammenfassung	483

III. Sozioökonomische Bedingungen: Verfolgung ähnlicher Ziele .	484
1. Positive Auswirkungen ähnlicher Bedingungen	485
2. Schwierigkeiten bei der Verfolgung ähnlicher Mikroziele ..	486
3. Zusammenfassung	488
IV. Recht, Rechtstraditionen und -kulturen der Mitgliedstaaten im Umsetzungs- und Einpassungsprozess	488
1. (System-)Theoretische Vorüberlegungen	489
2. Auswirkungen des Unterschieds zwischen <i>Common Law</i> und <i>Civil Law</i>	493
3. Bedeutung der Rechtskulturen	495
4. Empirisch feststellbare Auswirkungen mitglied- staatlicher Voraussetzungen	497
a) Richterrecht statt gesetzlicher Regelung	498
b) Ermessens- und Beurteilungsspielräume der Verwaltung und gerichtliche Kontrolldichte	501
aa) Veränderungen durch die Einführung der UVP-Richtlinie	502
bb) Probleme bei der Umsetzung des Verhältnismäßig- keitsprinzips	505
c) Fazit	505
c) Regelungstechnik (im Privatrecht): Generalklauseln oder gesetzliche Definitionen	506
d) Systematisierung und Kodifizierung	508
aa) Erhöhung der Rezeptivität	509
bb) Anwendungsprobleme bei spezialgesetzlicher Umsetzung .	510
cc) Vorteile beim Einfügen in eine Kodifikation	511
dd) Fazit	513
e) Bestehende Regelungen im mitgliedstaatlichen Recht	513
aa) Auswirkungen auf die Gestaltung des europäischen Standards	514
bb) Umsetzungsschwierigkeiten	515
cc) Fehlerhafte Anwendung des europäischen Standards	517
f) Schutz grundlegender Prinzipien des mitgliedstaatlichen Rechts	518
g) Auslegungsmethoden	519
5. Zusammenfassung: Rückwirkung von Spannungen auf eine erfolgreiche Rechtsangleichung	521
V. Umsetzungsmodalitäten und Umsetzungsakteure	523
1. Verwirklichung (verfassungs-)rechtlicher Umsetzungsvorgaben	524
a) Legislative Umsetzung	524
aa) Föderale Staatsgliederung	525
bb) Umsetzung durch formelle Gesetze oder durch Rechtsverordnungen	527

b) Judikative Umsetzung und Einpassung	528
aa) Primärrechtliche Angleichung	529
(1) Rechtlicher Spielraum zur richterlichen Rechtsfortbildung	529
(2) Kompetenz zur Überprüfung hoheitlicher Akte und Verwerfungskompetenz der Gerichte	530
(3) „Beschränkte“ <i>erga-omnes</i> -Wirkung der Entscheidungen	531
(4) Fehlende rechtliche Bindungswirkung von höchstrichterlichen Entscheidungen	532
bb) Sekundärrechtliche Angleichung	534
2. Auswirkungen der unterschiedlichen Rechtstraditionen auf die legislative Angleichung	535
a) Parlamentsgesetz oder Exekutivverordnung	536
b) Bedeutung von Kodifikationen	536
c) Gesetzgebungstechnik	537
d) Konkretisierung im Einzelfall	539
3. Informelle Träger der Rechtsangleichung auf der Implementationsebene	540
a) Rechtswissenschaft: Bedeutung von Rechtsvergleichung und Rechtsdogmatik	540
b) Auswirkungen der Rechtskultur: Bereitschaft zur Einbeziehung rechtswissenschaftlicher Überlegungen	541
4. Zusammenfassung: Unterschiede zwischen den Angleichungsinstrumenten	543
VI. Sprache und Worte als „leere Hülse“	544
1. Umsetzungsprobleme	545
a) Übernahme des europäischen Begriffs oder „legislatorische Eigenkreation“	546
b) Probleme „doppelter Rechtstransplantate“	547
c) Verzerrungen und Missverständnisse bei der primär- rechtlichen Angleichung	550
2. Sprachvielfalt und autonom-unionale Auslegung	551
VII. Überschießende Umsetzung und <i>spill-over</i> -Effekte	553
1. Sekundärrechtliche Angleichung – Begünstigung des Angleichungsprozesses	553
a) Negative Auswirkungen der überschießenden Umsetzung	553
b) Schaffung eines einheitlichen innerstaatlichen Rechtskörpers ..	554
c) Zusammenfassung	556
2. Primärrechtliche Angleichung	556
a) Wirkfaktoren der <i>spill-over</i> -Effekte	557
aa) Rechtliche Bedingungen für einen judikativen <i>spill-over</i> ..	557

bb) Überschießende Umsetzung durch die Legislative	561
cc) Verbesserung der innerstaatlichen Rechtsordnung als Hauptgrund	561
dd) Beibehaltung grundlegender Strukturprinzipien	562
ee) Zusammenfassung: Kein genereller faktischer Angleichungsdruck	563
b) Positive Effekte eines <i>spill-overs</i> auf die Rechtsangleichung	563
§ 25 Wirkung von Spielräumen	565
I. Aufrechterhaltung von Regelungsspielräumen durch Verfolgung von Voll- und Mindestharmonisierung	566
1. Sekundärrechtliche Regelungsspielräume: Erhöhung von Akzeptanz oder Diversifizierung?	567
a) <i>Ratio</i> der Mindestharmonisierung im Vergleich zur Vollharmonisierung	567
b) Vorteile der Mindestharmonisierung: Steigerung der Akzeptanz und Erhöhung des Schutzes	569
c) Durchführbarkeit der Vollharmonisierung	573
d) Nachteile der Mindestharmonisierung bei der rechtlichen Angleichung	576
aa) Verhinderung von Rationalisierung durch Mindeststandards	576
bb) Zielkonflikte als Quelle von „Renationalisierung“	577
cc) Fortbestehende Diversifizierung und Binnenmarktziel	579
2. Primärrechtliche Angleichung	579
3. Ergebnis	581
II. Gestaltung des Übertragungsgegenstands: Detailgenauigkeit oder Weite der Norm und Verweis auf mitgliedstaatliches Recht	581
1. Verweis auf mitgliedstaatliches Recht bei Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen	583
2. Konkretisierung nach mitgliedstaatlichem Rechtsverständnis und Wirkungen mitgliedstaatlicher Rechtsstrukturen – Gefahr der „Renationalisierung“	584
a) Weite Rechtsbegriffe als politischer Kompromiss	584
b) Ineffektive Rechtsanwendung und Diversifizierung	585
aa) Beispiel UVP-Richtlinie	586
bb) Beispiel Produkthaftungsrichtlinie	588
c) Probleme der Konkretisierung bei „echten“ Generalklauseln ..	589
d) Vorteile der legislativen gegenüber der judikativen Konkretisierung	592
e) Uneinheitliche Auslegung der primärrechtlichen Vorgaben	594
f) Zusammenfassung	597

3. Auswirkungen der Beschränkung des Spielraums durch detaillierte europäische Vorgaben	597
4. Gesamtergebnis	599
III. Mitangleichung von verfahrensrechtlichen Regelungen	599
1. Fehlende Rechtsdurchsetzungsmechanismen im mitgliedstaatlichen Recht	601
2. Probleme der Rechtsdurchsetzung durch den Einzelnen ...	603
3. Fazit: Verfahrensangleichung als rechtliche Harmonisierung	605
§ 26 Besonderheiten des Zusammenspiels der Ebenen	606
I. Gemeinschaftliche Weiterentwicklung des europäischen Standards: Die Wirkung rechtlich vorgesehener Dialog- und Kommunikationsmöglichkeiten	607
1. Bedeutung der Kommunikation aus Sicht des Rechtstransfers	608
2. Faktoren einer effektiven Kommunikation	610
a) Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten: Rechtliche Vorgaben und außerrechtliche Hindernisse	611
aa) Auswirkungen der CILFIT-Rechtsprechung	613
bb) Rechtssoziologische und -kulturelle Gründe für den Ausfall	617
(1) Verbreitung und Schutz grundlegender Prinzipien	618
(2) Praktische Überlegungen mitgliedstaatlicher Gerichte .	619
(3) „Verschleierung“ der unionalen Herkunft	620
cc) Fehlende legislative Konkretisierung bei der primärrechtlichen Angleichung	622
b) Gefahr der Diversifizierung durch Renationalisierung im Kommunikationsprozess	622
aa) Ausfall der Rechtsvergleichung bei der autonomen Begriffsbestimmung	623
(1) Rechtskulturelle Einflüsse	624
(2) Praktische Hindernisse: Sprache und Zugriff auf Entscheidungen	625
bb) Abweichende Auslegung aufgrund unterschiedlichen Vorverständnisses materiellrechtlicher Begriffe	626
cc) Auswirkungen der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten	627
c) Störung der Kommunikation	628
aa) Keine Konkretisierung unionaler Rechtsbegriffe auf Unionsebene	629
(1) Kein Austausch von Lösungsansätzen zwischen den Ebenen	629
(2) Absehen von Vorabentscheidungsverfahren	631
bb) „Durchentscheiden“ des EuGH im Primärrecht	632

3. Zusammenfassende Bewertung	633
II. Rechtliche Kontroll- und Sicherungsmechanismen auf der zweiten und dritten Stufe der Rechtsangleichung	633
1. Bedeutung der Sicherungs- und Kontrollmechanismen für eine erfolgreiche Rechtsangleichung	634
2. Faktoren einer effektiven Kontrolle und Sicherung	635
a) Außergerichtliche Umsetzungssicherung und -kontrolle	636
aa) Unmittelbare Anwendbarkeit und richtlinienkonforme Auslegung als Umsetzungssicherung im Sekundärrecht ...	636
(1) Grenzen der unmittelbaren Anwendbarkeit als Umsetzungssicherung	636
(2) Grenzen und Wirkungen der unionsrechtskonformen Auslegung	639
bb) Unionsrechtlicher Haftungsanspruch als Umsetzungssicherung	641
b) Effektive gerichtliche Kontrolle in Abhängigkeit von den Voraussetzungen in den Mitgliedstaaten	642
aa) Befassung des EuGH mit Kontrollentscheidungen	643
bb) Befolgspraxis der mitgliedstaatlichen Gerichte	645
(1) Vorabentscheidungsverfahren	647
(2) Vertragsverletzungsverfahren	647
cc) Effektive Kontrolle der verfahrensrechtlichen Voraussetzungen der Mitgliedstaaten	649
(1) Umsetzungskontrolle in den Händen der Mitgliedstaaten	649
(2) Kontrolle der Grenzen der Verfahrensautonomie – Effektivität und Äquivalenz	650
dd) Zwischenergebnis	652
c) Einpassungs- und Anwendungskontrolle: Kontrolle von Implementierungsspielräumen im Vorabentscheidungsverfahren	653
aa) Indirekte Anwendungskontrolle durch unionale Konkretisierung im Sekundärrecht	654
bb) Kontrollhindernisse bei der primärrechtlichen Angleichung	657
d) Stellungnahme	659
§ 27 Zusammenfassende Betrachtung der Wirkparameter in Tabellenform	662
1. Stufe: Standardsetzung auf europäischer Ebene	664
2. Stufe: Durchdringung der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	667
3. Stufe: Einpassung und Weiterentwicklung des Prinzips ...	676
1. Einpassung	676
2. Weiterentwicklung	680

Fünfter Teil: Schlussbetrachtungen – Überlegungen für eine Typologisierung der Rechtsangleichung	689
§ 28 Freiwilligkeit der Übernahme: <i>top-down</i> oder <i>bottom-up</i> ? ...	689
I. Bewusste Auswahl und Übernahme – Vergleich zwischen den Angleichungsinstrumenten	690
II. Gewachsene Rechtsannäherung als Teil des unionalen Angleichungsprozesses	693
III. Bindungswirkung und Angleichungszwang	695
IV. Fazit	696
§ 29 Typen der Rechtsangleichungsinstrumente	697
I. Typisierung nach Instrumenten	698
II. Typisierung nach verfolgtem Ziel	700
III. Typisierung nach Einflussart und Einflussstärke auf die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	702
§ 30 Fazit	707
Anlage I: Untersuchungskriterien für die Rechtsangleichungsvorgänge ..	709
Anlage II: Fragebogen	710
Literaturverzeichnis	711
Register	743